



Die Jahrhundertaufgabe

Wärme- wende

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral sein. Dazu muss bei über 30 Millionen Haushalten in Deutschland die fossile Wärmeversorgung durch nachhaltige Lösungen ersetzt werden. Gleiches gilt ebenso für den Dienstleistungssektor, den industriellen Mittelstand und die Großindustrie mit ihren Bedarfen an Raum- und Prozesswärme. Zusätzlich müssen die kommunalen Wärmenetze komplett auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Die Wärmewende ist eine gigantische und äußerst komplexe Herausforderung. Der Westenergie Zukunftsrat hat sechs Thesen für ihr Gelingen aufgestellt.

Umdenken und umbauen



„Die Wärmewende ist auch eine gesellschaftliche Transformation, die unsere gemeinsamen Anstrengungen erfordert.“

Katherina Reiche

Egal, wen man in diesen Tagen spricht: Alle Vertreterinnen und Vertreter der Energiebranche gehen davon aus, dass 2024 ein entscheidendes Jahr für die Energiewende sein wird. Ein zentrales und zugleich in der Vergangenheit vernachlässigtes Element der Energiewende ist die Wärmewende. Aktuell entfallen etwa 50 Prozent der in Deutschland verbrauchten Endenergie und 40 Prozent aller CO₂-Emissionen auf den Wärmemarkt. Doch weniger als ein Fünftel des Wärmebedarfs wird heute bereits durch erneuerbare Energien gedeckt. Die Komplexität und die Herausforderungen der Wärmewende sind enorm, diese erfordert sowohl ein Umdenken als auch ein flächendeckendes Umbauen. Straßen müssen geöffnet, Leitungen erneuert und getauscht, Gebäude saniert und modernisiert werden. Die Wärmewende ist daher eine umfassende Infrastrukturwende. Es ist eine Jahrhundertaufgabe.

Der Westenergie Zukunftsrat hat sich intensiv mit diesen Herausforderungen auseinandergesetzt. In seinen Sitzungen haben Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Politik zentrale Fragen anhand von regionalen Praxisbeispielen, aktuellen Forschungserkenntnissen und politischen Erfahrungen diskutiert. Dabei flossen nicht nur Erkenntnisse aus dem politischen Prozess in Berlin ein, sondern auch die lokal gewonnenen Erfahrungen aus den Kommunen und Stadtwerken in unserer Region. Die resultierenden sechs Thesen zur Wärmewende sind essenziell für das Verständnis und das Gelingen dieses umfassenden Transformationsprozesses.

Wir laden Sie herzlich dazu ein, gemeinsam mit uns diese Infrastrukturwende zu gestalten. Die präsentierten Thesen sind als aktiver Beitrag zu verstehen, um bereits heute die Weichen für die erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderung zu stellen. Denn die Wärmewende ist nicht nur eine technologische, sondern auch eine gesellschaftliche Transformation, die unsere gemeinsamen Anstrengungen erfordert.

**Ihre Katherina Reiche,
Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG**

1

Die Wärmewende braucht eine orchestrierte Umsetzung vor Ort:

Die Wärmewende ist eine Aufgabe nie dagewesenen Ausmaßes. Wir werden sie nur bewältigen, wenn das dafür notwendige orchestrierte Zusammenspiel aller Stakeholder – von der Gemeindeverwaltung über die Bürgerinnen und Bürger bis hin zu Bauunternehmen und Energieversorgern – auf der lokalen Ebene gelingt.

2

Die Wärmewende erfordert Eingriffe in die Infrastruktur:

Die Wärmewende geht weit über die Energieverbraucherinnen und Energieverbraucher und deren Heizungssysteme hinaus. Sie wirkt sich wesentlich auf die Portfolien und die Geschäftsmodelle von Energieunternehmen aus und verändert diese deutlich. Die notwendigen Anpassungen der verschiedenen Infrastrukturen (Nah- und Fernwärme, Gase und Strom) machen langfristige und sehr weitreichende Entscheidungen für Energieverbraucherinnen und -verbraucher, Energieversorgungsunternehmen und Infrastrukturbetreiber notwendig. Das Ausmaß der Wärmewende macht diese zu einer Infrastrukturwende.

3

Die Wärmewende braucht den Dialog:

Es braucht einen Dialog auf Augenhöhe. Die Wärmewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe, sie ist gemeinschaftlich zu verstehen und zu gestalten. Dialogveranstaltungen und eine bürgernahe Kommunikation sind dabei essenziell.

Sechs Thesen zum Gelingen der Wärmewende in Deutschland.

4

Die Wärmewende braucht echte Technologieoffenheit:

Ohne Technologieoffenheit wird die Wärmewende nicht realisierbar. Der bislang bekannte Entwurf des Wärmeplanungsgesetzes nennt zwar Technologieoffenheit als Kriterium, doch einige Detailregelungen präferieren die eine oder diskriminieren die andere technische Lösung. Hier muss der Gesetzgeber nachsteuern.

5

Die Wärmewende braucht eine neue Finanzierung:

Die Finanzierung der Wärmewende muss neu gedacht werden. Die finanziellen Rahmenbedingungen der Wärmewende müssen den Kommunen Luft zum Atmen lassen. Ebenso müssen die Bürgerinnen und Bürger sich klimaneutrale Wärme auch leisten können. Gefragt sind daher Fördermaßnahmen und intelligente Finanzierungsmodelle, zum Beispiel für die klimaneutrale Wärmeerzeugung in Gebäuden, für den Aus- und Umbau der Wärmenetze oder auch die große Breite der klimaneutralen Erzeugungsoptionen für die Fern- und Nahwärme. Verschiedentlich wird auch bereits über eine Regulierung der klimaneutralen Fernwärme oder der entsprechenden Infrastrukturen nachgedacht. Hierbei werden unterschiedliche Modelle diskutiert.

6

Die Wärmewende benötigt eine Fachkräfteoffensive:

Ohne Fachkräfteoffensive droht die Wärmewende zu scheitern. Derzeit gibt es nahezu in allen Gewerken, die gebraucht werden, einen erheblichen Fachkräftemangel. Bund und Länder müssen hier unterstützen, zum Beispiel durch Anreize, um mehr Personal schneller ins Handwerk zu bringen. Auch eine stärkere Nutzung und Förderung von digitalen Lösungen kann die Herausforderungen im Bereich der Personalverfügbarkeit entschärfen.

Schlüsselement der Energiewende

Der Weg zur Klimaneutralität ist noch weit: Aktuell entfallen etwa 50 Prozent der in Deutschland verbrauchten Endenergie und 40 Prozent aller CO₂-Emissionen auf den Wärmemarkt, konkret auf das Heizen oder Kühlen von Gebäuden, die Warmwasserbereitung und industrielle Prozesswärme. Die Wärmewende betrifft also nicht nur die Versorgung der Haushalte, sondern auch die der Industrie und des Mittelstands. Deren Versorgung erfolgt heutzutage durch das gleiche Leitungssystem.

Strom allein reicht nicht

Der Bedarf der Industrie, des industriellen Mittelstands sowie von Gewerbe und Handel an Prozesswärme liegt bei über 543 Terawattstunden. Doch lediglich rund 17 Prozent des Wärmebedarfs werden heute durch erneuerbare Energien gedeckt. Die Wärmewende ist somit ein Schlüsselement der Energiewende – und sie wird sich nicht alleine mit Elektrifizierung bewältigen lassen. Vor allem gilt dies für Unternehmen, die Prozesswärme benötigen. Diese müssen dringend an ein erweitertes Wasserstoffnetz angeschlossen werden. Für einen schnellen Aufbau des Wasserstoffnetzes müssen zügig entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

GEG und kommunale Wärmeplanung als Basis

Gesetzliche Grundlage für die Transformation des Wärmemarkts sind das Anfang September 2023 verabschiedete Gebäudeenergiegesetz (GEG oder „Heizungsgesetz“) sowie das im November verabschiedete Gesetz für Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG). Das Wärmeplanungsgesetz verpflichtet die Länder sicherzustellen, dass auf ihren Gebieten Wärmeplanungen vorliegen.

Entscheidungen von herausragender Bedeutung

Im Mittelpunkt steht die Pflicht, in den kommenden Jahren eine Wärmeplanung zu erarbeiten, die die Strategie für die Weiterentwicklung der Wärmeversorgung nahezu gebäudescharf vorgibt. Dazu gehören das Erfassen des aktuellen und künftigen Bedarfs an Wärme ebenso wie Überlegungen, welche klimaneutralen Wärmequellen zum Einsatz kommen sollen: ob Tiefengeothermie oder Solarthermie, Abwärme aus Rechenzentren und Industrie, Biomasse, Großwärmepumpen oder Wasserstoff – und vor allem, welche infrastrukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Ziel ist, den in der jeweiligen Kommune oder im kommunalen Verbund besten Weg aufzuzeigen, wobei der Rechtsrahmen so ausgestaltet sein muss, dass er offen genug ist für künftige Technologiesprünge. Ferner gehören dazu der Aspekt Finanzierbarkeit ebenso wie die Frage, welches Szenario realistisch ist mit Hinblick auf Akzeptanz, Resilienz und Verfügbarkeit von für die Realisierung benötigten Dienstleistern. Schließlich sollen auch soziale Belange berücksichtigt werden. Infrastrukturentscheidungen werden für alle diese Dimensionen von herausragender Bedeutung sein.



Die sechs Thesen im Detail



1 Die Wärmewende braucht eine orchestrierte Umsetzung vor Ort:

Die Wärmeversorgung ist dezentral. Das unterscheidet sie von der Stromwende, die in weiten Teilen überregional stattfindet. Die Wärmewende findet für den Großteil der Bürgerinnen und Bürger im eigenen Keller oder für Energieverbraucherinnen und -verbraucher im Dienstleistungs- und Industriesektor in ihren Wärmezentralen statt. In Deutschland gab es Ende 2022 einen Bestand an 43 Millionen Wohnungen. Davon befanden sich knapp 22 Millionen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern; hinzu kamen 13 Millionen Einfamilienhäuser. Heizungsanlagen müssen ausgetauscht und Gebäude energetisch saniert werden. Die Versorgungsaufgaben, -bedarfe und -verfügbarkeiten sind lokal und regional unterschiedlich. Innerhalb der vorhandenen Infrastrukturen, der vorhandenen erneuerbaren Energien-Potenziale, der Gebäudebestände und der Kundenanforderungen an ihre Wärmeversorgung wird es eine große Bandbreite und damit eine Vielfalt an Kombinationsmöglichkeiten für die Wärmeversorgung geben. Das erfordert die Abstimmung zahlreicher Stakeholder.

Insgesamt ist das Wärmeplanungsgesetz ein wichtiger Schritt. Entscheidend wird sein, dass damit auch richtig Tempo in die Transformation kommt. Wo schon früh feststeht, dass in einem Quartier die dezentrale Wärmepumpe das Mittel der Wahl ist, sollte man loslegen – auch wenn für den Rest der Kommune vielleicht noch nicht alles perfekt zu Ende geplant ist.

2 Die Wärmewende erfordert Eingriffe in die Infrastruktur:

Es sind umfassende Planungen notwendig. Straßen müssen aufgerissen, Leitungen erneuert und getauscht, neue Leitungen verlegt werden; viele Gebäude im Bestand müssen teilweise umfänglich saniert und modernisiert werden. Eine enge Abstimmung der erforderlichen Maßnahmen und die zügige Bearbeitung in den Bauämtern vor Ort wird essenziell sein für die Akzeptanz. Die Bauvorhaben der verschiedenen Infrastrukturbetreiber müssen koordiniert werden, um zu vermeiden, dass in einem Jahr der Breitbandbetreiber sein Kabel legt, im nächsten Jahr ein neues Wärmenetz gelegt und wieder ein Jahr später das Wasser- oder Stromnetz erneuert wird. Eine Möglichkeit wären feste regelmäßige Planungssitzungen, die die Kommunen und den Landkreis ebenso einschließen wie beteiligte Unternehmen. Denkbar wären auch interkommunale Verbände auf freiwilliger Basis. Städte und Gemeinden kommen jedenfalls an eine natürliche Grenze, wie viele Infrastrukturvorhaben gleichzeitig angegangen werden können.

3 Die Wärmewende braucht den Dialog:

Hinter dem zusammenfassenden Begriff „Kommune“ steht in der Realität eine extrem ausdifferenzierte politische Landschaft. Die Größenstrukturen reichen von Flecken und kleinen Gemeinden mit nur wenigen Häusern über Samtgemeinden und Kreisstädte bis hin zu mittelgroßen und Großstädten. Ebenso heterogen sind die Kommunen politisch: Mancher Gemeinderat setzt sich seit Jahrzehnten aus den Fraktionen zweier Parteien zusammen; in anderen Räten sitzen zehn oder mehr Fraktionen und Gruppierungen, die von klassischen Parteien über Freie Wählergemeinschaften bis zu Einzelpersonen reichen. Mehrheiten in den Räten finden sich für einen massiven Ausbau der Erneuerbaren ebenso wie solche gegen jedes einzelne Windrad. Manches Energie-wende-Projekt zieht sich wegen Widerständen vor Ort oder gerichtlichen Auseinandersetzungen über Jahre hin.

Mit Blick auf die Wärmewende lässt sich vielfach eine große Verunsicherung vor Ort feststellen. Kernfragen sind beispielsweise der Umfang des Erneuerungsbedarfs, der für die kommunale Wärmeplanung notwendige Personalbedarf in den Verwaltungen, der Investitionsbedarf und die Fördermöglichkeiten.

Gerade die kommunale Wärmeplanung sollte deswegen nicht nur als ingenieurtechnische oder wirtschaftliche Optimierungsaufgabe (miss-)verstanden werden. Alle Stakeholder müssen deshalb frühzeitig miteinander in einen Dialog auf Augenhöhe kommen und die Wärmewende als Gemeinschaftsaufgabe verstehen und gestalten. Dialogveranstaltungen und eine bürgernahe Kommunikation in allen Phasen der Wärmeplanung und ihrer Umsetzung sind dabei essenziell für das Gelingen der Wärmewende. Sie schaffen Transparenz und eine höhere Akzeptanz für die notwendige Transformation.

Zudem gestattet das Wärmeplanungsgesetz eine gemeinsame Planung mehrerer Gemeinden. Das ist sinnvoll und auch wünschenswert. Denn es würde erhebliche Ineffizienzen bedeuten, wenn jede Kommune separat an Insellösungen arbeitet. Insofern sollte berücksichtigt werden, wie die Nachbargemeinden die kommunale Wärmeplanung angehen und ob eine Abstimmung oder die gemeinsame Planung sinnvoll ist. Dabei müssen die Energieversorger und Infrastrukturbetreiber intensiv in die Wärmeplanung eingebunden und die regulativen Rahmenbedingungen der Infrastrukturbetreiber sorgfältig berücksichtigt werden; tatsächlich hat das WPG hier noch eine Blindstelle.

4 Die Wärmewende braucht echte Technologieoffenheit:

Viele Studien zeigen, dass in der Wärmeversorgung alle potenziell klimaneutralen Optionen – Strom, Fernwärme, erneuerbare Energien, Biogas und Wasserstoff – benötigt werden, um das Ziel der klimaneutralen Energieversorgung bis 2045 zu erreichen. Die Elektrifizierung der Wärmeversorgung mittels Wärmepumpen wird wegen der hohen Effizienz vielfach der Königsweg sein, vor allem dort, wo der Gebäudestandard hoch ist. In verdichteten Räumen wird es ein starkes Wachstum bei den Wärmenetzen geben. Grüne Gase werden aber ebenso ihren Beitrag leisten.

Grundsätzlich gilt, dass keine erneuerbare Energie ausgeschlossen werden sollte. Beispielsweise wird der Beitrag von klimaneutral erzeugtem Wasserstoff bei der Dekarbonisierung des Wärmemarktes vor allem im Bereich der zentralen Wärmeversorgung regelmäßig unterschätzt. Wasserstoff kann in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen eingesetzt und in das bestehende Gasnetz eingespeist werden; die Abwärme von Elektrolyseuren wiederum kann in Wärmenetze eingespeist werden.

Die aktuelle Gesetzgebung präferiert in der ein oder anderen Detailregelung die eine technische Lösung oder diskriminiert die andere. Hier sollte der Gesetzgeber im aktuellen Verfahren noch einmal so nachsteuern, dass die Wärmeplanung offen genug ist auch für künftige Technologiesprünge.

5 Die Wärmewende braucht eine neue Finanzierung:

Inflation und höhere Ausgaben bei den Sozialleistungen lassen aktuell die Verschuldung der Kommunen immer weiter steigen. Lag das Finanzierungsdefizit im ersten Halbjahr 2022 noch bei 1,6 Milliarden Euro, stieg es im ersten Halbjahr 2023 auf insgesamt 7,3 Milliarden Euro. Der Entwurf des WPG nennt einen Erfüllungsaufwand von über einer halben Milliarde Euro allein für die erstmalige Erstellung der Wärmepläne in der Implementierungsphase (2024–2028). Der Deutsche Städte- und Gemeindebund rechnet für den bevorstehenden Heizungstausch in den 135.000 kommunalen Gebäuden bis 2045 mit Kosten von mindestens 8 Milliarden Euro. Die Verschuldung manch kleiner Kommune ist aber schon jetzt besorgniserregend hoch. Zudem ist die Eigenkapitaldecke vielfach gering. Die hohen Investitionen in die Wärmewende sind so nicht zu stemmen.

Die Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger brauchen hier Unterstützung. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel die direkte Übernahme der



Kosten der Wärmeplanung. Hinzukommen muss ein Förderrahmen für die Umsetzung der Maßnahmen, zum Beispiel für die klimaneutrale Wärmeerzeugung in Gebäuden oder für den Aus- und Umbau der Wärmenetze. Eine Möglichkeit wäre die Verlängerung und Aufstockung der Bundesförderung effizienter Wärmenetze (BEW).

Eine Wärmeregulierung könnte sowohl neue Finanzmittel akquirieren als auch soziale Unwuchten ausgleichen, beispielsweise in Bezug auf lokale Nachteile bei der Wärmeerzeugung. Denn bei der Wärmeplanung werden auch stärker soziale Aspekte auf die Tagesordnung rücken. Die Wärmewende bringt es mit sich, dass der Wärmepreis, anders als bislang, abhängig von lokalen Gegebenheiten ist: Steht günstige Geothermie zur Verfügung oder nicht? Ist ein Stadtteil für den Anschluss ans Wärmenetz vorgesehen – oder eben nicht? Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen müssen sich am Ende eine klimaneutrale Versorgung auch leisten können.

6 Die Wärmewende benötigt eine Fachkräfteoffensive:

Nach einer Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) am Institut der Deutschen Wirtschaft werden für die Wärmewende 17.000 Elektrik-Fachkräfte, 14.000 Experten in der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK) sowie etwa 13.600 Informatiker benötigt; doch nur etwa 50 bis 60 Prozent der Auszubildenden in diesem Bereich schließen die Ausbildung erfolgreich ab. In anderen Handwerksberufen, die für die Wärmewende zusätzlich benötigt werden, sieht es nicht besser aus. Es besteht das ernst zu nehmende Risiko, dass die Wärmewende am Fachkräftemangel scheitert.

Hier möglichst rasch Abhilfe zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund und Länder sollten entsprechende arbeitsmarktpolitische Instrumente prüfen. So könnte beispielsweise darüber nachgedacht werden, wie man durch Anreize Fachkräfte im Ruhestand wieder aktivieren kann oder wie die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen leichter gelingen kann.

Zusätzlich bildet aber auch ein sehr deutlicher Digitalisierungsschub im Bereich der Wärmeversorgung bzw. der entsprechenden Planungs- und Umsetzungsmaßnahmen eine maßgebliche Voraussetzung für die notwendigen Kostensenkungen und Umsetzungsmöglichkeiten bei begrenztem Arbeitskräftepotenzial.





Westenergie auf einen Blick

Die Westenergie AG ist der führende Energiedienstleister und Infrastrukturanbieter in Deutschland mit rund 10.000 Mitarbeitenden. Als E.ON-Tochter vereint das Unternehmen alle Aktivitäten des Konzerns in den Feldern Kommunen, Konzessionen und Netzkooperationen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.

Infrastruktur für den Westen

Westenergie gestaltet mit sicheren Infrastrukturen den klimaneutralen Westen. Die Westenergie-Gruppe verantwortet und betreibt rund 196.000 Kilometer Strom-, rund 37.000 Kilometer Gasnetze sowie mehr als 10.000 Kilometer Breitband- und 9.000 Kilometer Wassernetze. Und versorgt damit jeden Tag Millionen Haushalte und Unternehmen mit Strom, Gas, Wasser und Breitbandinternet.

Zukunft für Kommunen

Westenergie macht Kommunen zukunftsfähig: Mit ganzheitlichen Energiedienstleistungen sowie Netz- und Infrastrukturlösungen, die maßgeschneidert in engem Dialog mit den 1.400 Partnergemeinden entwickelt werden. Mit gesellschaftlichem Engagement und Klimaschutz für eine hohe Lebensqualität vor Ort. Partnerschaft, Zukunftssicherheit,

Nachhaltigkeit, Innovation und Digitalisierung stehen dabei ganz oben auf der Agenda von Westenergie.

Mehr als 140 Beteiligungen

Die Westenergie AG hält insgesamt über 140 Beteiligungen. Neben den 100-prozentigen Tochtergesellschaften Westnetz GmbH, Westenergie Metering GmbH und Westenergie Netzservice GmbH hält die Westenergie AG eine 50-prozentige Beteiligung an der Westconnect GmbH, die für den Breitbandausbau in Kommunen zuständig ist. Darüber hinaus hält die Westenergie AG zum Beispiel Beteiligungen an Stadtwerken und Netzgesellschaften sowie weitere konsolidierte Beteiligungen in der Region.

Die Westnetz GmbH

Westnetz ist der führende Verteilnetzbetreiber in Deutschland. Rund 5.800 Mitarbeitende sorgen mit hoher technischer Kompetenz für eine zuverlässige Versorgung. Durch digitale Steuerungskonzepte und innovative Netzsysteme gewährleistet Westnetz eine sichere Energieversorgung im internationalen Vergleich. Westnetz integriert bereits heute erneuerbare Energien in einer Größenordnung von rund sieben Großkraftwerken in ihr Verteilnetz.

Der Westenergie Zukunftsrat

„Gemeinsam für eine nachhaltige Energiezukunft“ lautet ein Slogan von Westenergie. Damit ist nicht nur die partnerschaftliche Kooperation mit den Kommunen der Region und den jeweiligen Regionalbeiräten gemeint. Als Impulsgeber für Themen der Energiewende sowie der gesellschaftlichen Entwicklung in der gesamten Region hat Westenergie den Westenergie Zukunftsrat berufen. Ihm gehören diese überregionalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Lehre und Forschung an:

Sabine Augustin

Leiterin Unternehmensentwicklung,
Politik und Kommunikation
Open Grid Europe GmbH

Dr.-Ing. Heino Buddenberg

Geschäftsführer
Wälzholz GmbH

Andreas Feicht

Vorstandsvorsitzender
RheinEnergie AG

Prof. Dr.-Ing. Jutta Hanson

Professorin und Leiterin des
Fachgebiets Elektrische Energie-
versorgung unter Einsatz Erneuer-
barer Energien
Technische Universität Darmstadt

Patrick Hermanspann

Vorsitzender der Geschäftsführung
FAUN Umwelttechnik GmbH & Co. KG

Dr.-Ing. Marie Jaroni

Senior Vice President
Decarbonization & ESG
thyssenkrupp Steel Europe AG

Carsten Liedtke

Sprecher des Vorstands
SWK AG

Stefan May

Arbeitnehmervertreter
Westnetz GmbH

Jochen Renfordt

Präsident Handwerkskammer
Südwestfalen

Lars Baumgürtel

Geschäftsführender Gesellschafter
ZINQ_GmbH & Co. KG

Henning Deters

Vorstandsvorsitzender
Gelsenwasser AG

Prof. Dr. Christopher Hebling

Bereichsleiter Wasserstoff-
technologien
Fraunhofer ISE

Eckhard Horwedel

Geschäftsführer
DSK GmbH

Dr. Gerd Landsberg

Ehrengeschäftsführer
Deutscher Städte- und
Gemeindebund (DStGB)

Dr. Kai Roger Lobo

Stellv. Hauptgeschäftsführer
VKU – Verband kommunaler
Unternehmer e. V.

Reiner Priggen

Ehem. Vorstand des Landes-
verbandes Erneuerbare Energien
Landesverband Erneuerbare
Energien NRW e. V.

Andreas Rimkus

Mitglied des Bundestages
Deutscher Bundestag

Frank Berwanger

Arbeitnehmervertreter
Westnetz GmbH

Frank Dopheide

CEO/Founder
human unlimited GmbH

Andreas Güll

Geschäftsführer
M. Busch GmbH & Co. KG

Thorsten Herdan

Geschäftsführer
HIF Global

Dr. Fritz Jaeckel

Hauptgeschäftsführer
IHK Nord Westfalen

Boris Langerbein

Chief Innovation Officer
INTILION AG

Dr. Felix Matthes

Forschungskoordinator Energie-
und Klimapolitik
Öko-Institut

Thomas Rachel

Mitglied des Bundestages
Deutscher Bundestag

Prof. Dr.-Ing. Markus Zdrallek

Leiter des Lehrstuhls für Elektrische
Energieversorgungstechnik
Bergische Universität Wuppertal

Ein Jahrhundertprojekt

Die Wärmewende ist eine noch nie dagewesene Herausforderung. Jetzt gilt es, die Voraussetzungen für das Gelingen zu schaffen.

Die Wärmewende ist ein Schlüsselbaustein für die Energiewende; Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Handwerks- und andere Unternehmen sowie Energieunternehmen sind dabei Schlüsselakteure.

Wegen der Vielzahl der beteiligten Stakeholder, die zu koordinieren sind, ist das Projekt in seinen Dimensionen eine Jahrhundertaufgabe. Wesentliche Elemente für das Gelingen der Wärmewende sind eine Orchestrierung aller Beteiligten vor Ort, eine gesetzlich verankerte echte Technologieoffenheit, ein entsprechender Förderrahmen sowie eine Fachkräfteoffensive.

Schaffen wir das – dann schaffen wir auch dieses Jahrhundertprojekt!

Wärmewende mit Westenergie

Wir entwickeln gemeinsam mit Ihnen passende Lösungen für Ihre Kommune – als Partner bei der Wärmeplanung, bei der Erstellung eines digitalen Zwillings oder der Umsetzung von Wärmeprojekten.

Weitere Informationen finden Sie unter

westenergie.de/waermewende.

Sprechen Sie uns gerne an oder schreiben Sie uns per E-Mail an

waermewende@westenergie.de.

